HITLER-STALIN-PAKT: GAULAND KÄUT SED-GESCHICHTSDOGMA WIEDER

Von **Leserbeitrag** - 20/06/2021



Rund 50 Personen, überwiegend Oppositionelle während der SED-Diktatur und deren Unterstützer, kritisieren in einer gemeinsamen Erklärung die Rede des AfD-Fraktionschefs und Historikers Dr. Alexander Gauland zum 80. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion, die er am 9. Juni 2021 im Bundestag gehalten hat. Vor allem dessen Einschätzung der Rolle Stalins und der suggerierten Mitschuld der Republik Polen am Zweiten Weltkrieg stößt auf Widerspruch.

Die Erklärung im Wortlaut:

Das Wesentliche am Hitler-Stalin-Pakt ist nicht die Beistandsversicherung und das Postulat, sich nicht gegenseitig zu bekriegen, sondern das geheim gehaltene Zusatzprotokoll, in dem die Aufteilung souveräner Länder unter die jeweilige künftige Herrschaftssphäre beider totalitärer Diktaturen verabredet wurde.

Leider weiß das in der Bundesrepublik nicht (mehr) jedes Schulkind. Das liegt auch daran, dass der 23. August 1939 noch nicht im kulturellen Gedächtnis angekommen ist, obwohl er seit 2008 europäischer Gedenktag ist (Black-Ribbon-Day). Dabei war der von Ribbentrop und Molotow unterzeichnete Pakt zwischen einem kommunistischen und einem nationalsozialistischen Herrscher die Voraussetzung für den Beginn des 2. Weltkriegs.

Symbolhaft ist der Beginn der folgenden massiven Menschenvernichtung in der Anfangsszene von „Katyn" (Regisseur Andrzej Wajda) veranschaulicht.

Auf sofort einsetzende Zwangsaussiedlungen, Vertreibungen und Deportationen folgte die mörderische Auslöschung eines erheblichen Teils der osteuropäischen Bevölkerung in den „Bloodlands" (Timothy David Snyder), die vor allem Juden betraf.

In der DDR wurde dieser Pakt zwischen einem rechtsextremen und einem linksextremen Diktator so gut wie nie thematisiert. Vor allem das Zusatzprotokoll und der Grenzvertrag blieben tabuisiert. Kam man nicht umhin, ihn anzusprechen, wurde der Pakt in ähnlicher Weise gerechtfertigt, wie es Alexander Gauland am 9. Juni 2021 im Bundestag tat: Stalin habe doch nur die Sowjetunion (ein Völkergefängnis) schützen wollen – als hätte er keine weiteren imperialen Absichten gehegt. In der SED-Lesart habe es sich um ein übliches „Friedensabkommen" gehandelt.

Gauland betont in dieser Rede, dass Stalin „realpolitisch" betrachtet keine andere Wahl gehabt habe und deswegen richtig entschied. Weil Polen keine sowjetischen Truppen auf seinem Territorium dulden wollte, sei Stalin nur die Option des „Teufelpaktes" geblieben, die der Sowjetunion „eine kurze Zeit erkaufte", um damit „gegen den deutschen Angriff besser gewappnet zu sein".

Dabei erwähnt Gauland nicht, wieso Polen eine militärische Besatzungsmacht UdSSR ablehnte und er ignoriert das Zusatzprotokoll, das das Schicksal Polens und der baltischen Länder besiegelte. In der Argumentation Gaulands hätte erst das Verhalten Polens den Pakt für Stalin alternativlos gemacht – Polen würde damit absurderweise mitverantwortlich für den folgenden Vernichtungskrieg sein. Vergleiche: https://dbtg.tv/cvid/7526271

Einer solchen Geschichtsklitterung, die Osteuropäer und Ostmitteleuropäer brüskiert und verletzt, muss entschieden widersprochen werden. Gauland reproduziert damit ein ideologisches, die Rolle der Sowjetunion verklärendes Geschichtsbild, aber keine historischen Tatsachen.

Wir denken, dass die unvergleichlich große Schuld, die Deutschland auf sich geladen hat, nicht relativiert wird, wenn man die Rolle Stalins unvoreingenommen und faktengestützt bewertet.

Aus einer ahistorischen Betrachtung, die sich – politischen Interessen folgend – der russischen Regierung unter dem ehemaligen KGB-Offizier Putin andienen will, kann kein verantwortungsvoller Umgang mit Geschichte und kein vertrauensvoller und zukunftsweisender Dialog mit unseren europäischen Nachbarn entstehen.

Bisher ist uns in der Bundesrepublik kaum eine kritische Reaktion auf diese Rede bekannt – weder seitens der Medien, noch seitens der Parlamentarier oder der Bundesregierung.

Unterstützt von

Karl-Heinz Baum, Heiligensee
Andreas Bertram, Königshain
Heidi Bohley, Dresden
Tim Bohse, Berlin
Dr. Martin Böttger, Zwickau
Uwe-Eckart Böttger, Dresden
Roland Brauckmann, Dresden
Max Dehmel, Berlin
Christian Dietrich, Klettbach
Dr. Hans Friedel Fischer, Vilnius / Leipzig
Lorenz Görig, Potsdam
Joachim Goertz, Berlin

Steffen Gresch, Karlsruhe
Robert Hagen, München
Dr. Christian Halbrock, Berlin
Kerstin Halbrock, Berlin
Marion Hahn, Ennepetal
Gerold Hildebrand, Berlin
Matthias Hinkel, Leipzig
Wolfram Hülsemann, Berlin
Almut Ilsen, Berlin
Werner Imhof, Mikulášovice
Gunter Jähnig, Leipzig
Günter Jeschonnek, Berlin
Michael Kleim, Gera
Freya Klier, Berlin
Oliver Kloss, Leipzig
Harald Kralik, Saalfeld/Saale
Anne Kupke, Halle/Saale
Hans-Joachim Laesicke, Oranienburg
Rainer Müller, Leipzig
Dr. Ehrhart Neubert, Limlingerode/Thür.
Hildigund Neubert, Limlingerode/Thür.
Bernd Oehler, Meißen
Frank Pörner, Leipzig
Eva Quistorp, Berlin
Hartmut Richter, Berlin
Katharina Richter, Berlin
Hartmut Rüffert, Frohburg
Werner Schulz, Berlin
Dr. Eberhard Seidel, Berlin
Jutta Seidel, Gräben
Andreas Schönfelder, Großhennersdorf
Hansjürg Schößler, Berlin
Wolfgang Templin, Berlin
Florian Tuczek, Leipzig
Rolf-Michael Turek, Leipzig
Bettina Wegner, Berlin
Claudia Wegner, Berlin
Gert Weisskirchen, Wiesloch-Baiertal
Gunter Weißgerber, Grimma

——————-

Zum Hintergrund siehe:

https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw23-de-vereinbarte-debatte-843382

https://polandin.com/54295134/poland-protests-against-german-mps-statement-on-molotovribbentrop-pact

https://www.gov.pl/web/deutschland/mitteilung-der-botschaft-der-republik-polen-ber-die-worte-alexander-gaulands-vor-dem-deutschen-bundestag-am-9-juni-2021

https://mobile.twitter.com/PileckiInstitut/status/1402693627906867200

https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/regierungspressekonferenz/2465758